

## Die Beratung des Deutschen Nationalverbandes.

Heute vormittag trat der Vorstand des Deutschen Nationalverbandes zu einer Sitzung zusammen, in der beschlossen wurde, der am Nachmittag zusammentretenden Vollversammlung des Verbandes eine vom Abgeordneten Dr. Steinwender beantragte Kundgebung vorzulegen. In der nachmittägigen Vollversammlung erstattete Obmann Dobernig Bericht über die durch die Umbildung des Ministeriums geschaffene politische Lage und über die kürzliche Rücksprache mit dem Ministerpräsidenten Doktor v. Seidler, in welcher alle dringenden wirtschaftlichen Fragen, insbesondere die ungeheuer wichtigen Ernährungs- und Versorgungsfragen, erörtert sowie weiter auch die staatsrechtlichen Bestrebungen der Slaven besprochen wurden.

### Der Beschluß des Verbandes.

Anknüpfend an diesen Bericht begründete Abgeordneter Dr. Steinwender folgende Kundgebung:

Der Deutsche Nationalverband erklärt es als eine unbedingte Notwendigkeit, seine gesamte innere Politik den großen Interessen des Staates und des deutschen Volkes unterzuordnen, die von dem Ausgange des Krieges und von der Erreichung eines ehrenvollen und dauernden Friedens abhängen. Dieselbe Haltung verlangen wir auch von der Regierung, deren Pflicht es ist, Maßnahmen entgegenzutreten, die das feindliche Ausland zu einer Einmischung in unsere inneren Verhältnisse ermutigen und im Vereine mit unbedingt pazifistischen Kreisen die Mittelmächte zwingen wollen, einen Frieden anzunehmen, der mit den Existenzbedingungen der österreichisch-ungarischen Monarchie und des Deutschen Reiches unvereinbar ist. Eine Neuordnung der inneren nationalpolitischen Verhältnisse wird nur dann zugelassen werden, wenn durch diese weder unsere nationale Stellung noch die Voraussetzung für einen starken Staat gefährdet werden.

Wir halten fest an der dualistischen Form der Monarchie, die sich für das Bundesverhältnis zum Deutschen Reich und im Kampfe um den Bestand der Monarchie bewährt hat. In der Regelung der Verhältnisse unter den Nationalitäten verwerfen wir grundstürzende Aenderungen und sind überzeugt, daß auch unter Aufrechterhaltung der Kronländer alle mit den Interessen des Staatsganzen vereinbarlichen Ansprüche der Nationalitäten erfüllt werden können. Diese Regelung wird sich je nach den Verhältnissen der einzelnen Länder verschieden zu vollziehen haben.

Am reifsten ist die Frage und am dringendsten deren Lösung in Böhmen, die den Tschechen nichts nimmt und den Deutschböhmern die Selbstregierung und die Selbstverwaltung sichert. Auf einen gesonderten Staat im Staate muß von den anderen Nationalitäten ebenso verzichtet werden wie wir Deutschen darauf verzichten. Selbstverständlich ist es Aufgabe der Gesetzgebung wie der Regierung, den unausschiebbaren wirtschaftlichen und finanziellen Notwendigkeiten gerecht zu werden.

Die Besserungen in der Volksernährung und in der Versorgung mit anderen notwendigen Bedarfsgegenständen können nicht mehr durch eine Aenderung des Systems erzielt werden. Wohl aber wird es dem Abgeordnetenhaufe bei vernünftiger Teilung der Arbeit möglich sein, besonders störende Mißstände und die Mißwirtschaft in einzelnen Zentralen zu beseitigen.

Der wirtschaftliche Neubau muß sich unter dem Gebote einer energischen Sozialpolitik vollziehen, soll der Krieg nicht außer seinen unvermeidlichen Schäden noch die Zerstörung des bäuerlichen und gewerblichen Mittelstandes, die Auffaugung der bisher noch selbständigen industriellen Betriebe, das Elend der Angestellten und Arbeiter, eine bleibende Verteuerung aller Gegenstände des Massenverbrauches und eine unerträgliche Herrschaft des Finanzkapitals im Gefolge haben.

Die rasche Herstellung der finanziellen Ordnung ist unverweilt anzubahnen im Gegensatz zur schwächlichen Haltung der Regierungen während des Krieges. Die Erleichterung der Kriegsteuer und die Einführung einer Vermögensabgabe werden ein Maßstab sein für die Kraft und die Einsicht der Regierung.

Von dem Verhalten der Regierung in nationalpolitischer, wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung wird auch unsere Haltung gegenüber der Regierung abhängen.

Wir sind im Dienste des Staates und des deutschen Volkes in Oesterreich bereit, mitzuarbeiten, wenn uns die Mitarbeit möglich gemacht wird.

In der anschließenden Wechselrede kam von verschiedenen Seiten die tiefe Mißstimmung über die großen Mißstände auf dem Gebiete des Ernährungswesens, insbesondere in Böhmen, und die schwächliche Haltung der Regierung in deren Bekämpfung zum Ausdruck. Von alpenländischer Seite wurden die gegebenen Schilderungen bekräftigt, weiter aber auch der Eindruck geschildert, welchen die Zusammensetzung des neuen Ministeriums unter den Deutschen der Alpenländer hervorgerufen hat. Das bereits vorhandene Mißtrauen sei dadurch in hohem Maße verschärft worden.

Die vorgeschlagene Kundgebung wurde hierauf fast einstimmig angenommen.

Der Obmann des Deutschen Nationalverbandes, Abgeordneter Dobernig, hat heute an die Verbandsmitglieder ein Zirkular ergehen lassen, in dem sie dringendst ersucht werden, in den nächsten Tagen den Sitzungen des Hauses vollzählig anzuwohnen.

### Abgeordneter Dr. Stölzel über die Kundgebung.

Ueber den vom Deutschen Nationalverband gefaßten Beschluß äußerte sich Abgeordneter Dr. Stölzel:

Die Erklärung des Deutschen Nationalverbandes enthält im wesentlichen nichts Neues. Sie hat auch nichts Neues und insbesondere keine Grundlage für die deutsche Politik auf Jahre hinaus zu enthalten, sondern sie will nur den Standpunkt des Deutschen Nationalverbandes kennzeichnen, auf welchem er stehen und von welchem aus er seine Politik machen muß und machen wird. Die Zeiten des Krieges und vornehmlich die Zeit des jetzigen Krieges ist ganz gewiß eine solche, in der mit Recht das griechische Wort gebraucht werden kann: „Alles ist im Fluß“. In solchen Zeiten muß es für eine nationale und staatsreue Partei, wie es der Deutsche Nationalverband ist, die unbedingte Hingebung an die Interessen des Staates und an das vom Verbands vertretene deutsche Volk sein, die seine Beschlüsse